



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 155. Ratssitzung vom 24. September 2025

5163. 2024/336

**Motion von Julia Hofstetter (Grüne), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 03.07.2024:
Einführung eines Gewaltpräventionsprogramms an der Volksschule der Stadt Zürich mit Fokus auf Mobbing und sexualisierter Gewalt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3441/2024): Die Zunahme von sexualisierter Gewalt und Mobbing im schulischen Umfeld und im digitalen Raum haben ein alarmierendes Ausmass erreicht. Das zeigt auch eine Zürcher Studie aus dem Jahr 2022 deutlich. Das Thema ist dringlich. Ein respektvolles, wertschätzendes und gewaltfreies Miteinander sollte gerade in der Schule selbstverständlich sein. Dafür braucht es nicht nur gute Absichten, sondern konkrete Kompetenzen, Wissen und kontinuierliche Sensibilisierung. So selbstverständlich wie Naturwissenschaften oder Sprachen Teil des Lehrplans sind, muss auch Gewaltprävention einen festen Platz im Schulalltag haben. Eine diskriminierungsfreie und gewaltfreie Schulkultur ist die Grundlage für ein optimales Lern- und Entwicklungsklima. Es ist wichtig zu lernen, wie ein Miteinander ohne Gewalt möglich ist. Das führt gesamtgesellschaftlich zu weniger Gewalt und ist ein Anliegen, das wir alle teilen sollten. Punktuelle Workshops und Interventionen reichen in diesem Fall nicht aus. Es braucht mehr als eine einmalige Auseinandersetzung mit der Thematik. Es braucht eine langfristige verbindliche, übergeordnete Strategie mit aufeinander aufbauenden Modulen und einem ganzheitlichen Blick, passend für die einzelnen Schulen und Klassen. Genau das fordern wir mit unserer Motion. Angebote, die es schon gibt, werden oft erst angefragt, wenn Mobbing oder Gewalt bereits eine Realität ist. Prävention darf aber nicht von einer akuten Problemlage abhängen oder nur ein freiwilliges Programm sein. Sie muss strukturell verankert und fester Bestandteil des Schulbetriebs sein. Wichtig ist mir zu betonen, dass die bestehenden Angebote bereits wertvolle Arbeit leisten. Das ist uns klar. Sie setzen bei unterschiedlichen Bereichen an und erfüllen alle einen wichtigen Zweck. Es geht nicht darum, die Angebote zu ersetzen oder von oben herab irgendein einheitliches Modell zu diktieren. Lehrpersonen leisten bereits wertvolle Arbeit und engagieren sich tagtäglich für ein respektvolles Miteinander. Das verdient unsere Anerkennung. Die Antwort des Stadtrats auf die Motion ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir wollen die Primärprävention stärken



und auch individuelle Programme ermöglichen. Das sollte auch das Anliegen des Stadtrats sein. Unser Anliegen ist, die bestehenden Bemühungen zu stärken und dem Thema insgesamt mehr Gewicht zu geben, sodass es besser verankert wird. Wir wollen, dass individuell auf Bedürfnisse eingegangen wird und dass die Thematik nicht erst dann aufkommt, wenn Gewalt ausgeübt wird. Das ist dann keine Prävention mehr. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Schulsozialarbeit. Sie kennt die konkrete Situation vor Ort und ist nah an den Klassen und dem Schulpersonal dran. Sie muss eine zentrale Rolle in der Gewaltprävention spielen. Das Gewaltpräventionsprogramm soll ein wirkungsvolles Angebot sein, das Lehr- und Betreuungspersonen sowie die Schulleitung dabei unterstützt, in ihren Klassen und Schulhäusern eine Kultur der Wiedergutmachung, Zivilcourage und von gegenseitigem Respekt zu etablieren. Auch Akzeptanz und Konfliktkompetenzen sollen geübt werden, damit Kinder und Jugendliche in einem Umfeld lernen können, wo sie sich sicher und respektiert fühlen und wo herausfordernde zwischenmenschliche Situationen gemeinsam bewältigt werden können. Kinder und Jugendliche sollen früh lernen, wie sie mit Konflikten konstruktiv umgehen können. Das trägt gesamtgesellschaftlich zu einem gewaltfreien Miteinander bei, was uns extrem wichtig ist. Wir sprechen immer wieder über verschiedene Formen von Gewalt und wie sie effektiv verhindert werden kann. Dafür müssen wir bei der Prävention ansetzen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Der Stadtrat unterstützt die Zielrichtung der Motion voll und ganz. Wir haben im Schul- und Sportdepartement eine Gewaltpräventionsstelle, die rege genutzt wird. Prävention muss gezielt eingesetzt werden, eben da, wo kritische Situationen vorkommen. Wir führen auch Statistiken zu den Vorfällen, wo diese Stelle zum Einsatz kommt. Sie praktiziert eine Mischung aus Prävention und Intervention: Wenn die Lehrpersonen sehen, dass es kritisch wird, alarmieren sie uns. Wir haben verschiedene Möglichkeiten, gelebte Prävention und Intervention miteinander zu verbinden: zum Beispiel das Peer-Programm «Mediation – durch Konflikte lotsen», ein erprobtes Konfliktpotenzialmodell aus dem Berliner Institut für Lehrerbildung. Dort bilden ausgebildete Konfliktlotsinnen und -lotsen die Kinder weiter und zeigen ihnen, wie sie mit der Bewältigung von Konflikten oder Gewalttendenzen bei Mitschülern umgehen können. Das ist sehr wichtig, da die Schülerinnen und Schüler da selbst ansetzen können. Natürlich kann man immer mehr machen, doch es ergibt wenig Sinn, wenn nicht gezielt vorgegangen wird. Weiter gibt es «DENK-WEGE», ein evidenzbasiertes Präventionsprogramm zur Förderung von sozialen, emotionalen und kognitiven Kompetenzen der Kinder; «Mind Matters», ein langfristig angelegtes, in der Praxis erprobtes Programm der Schweizerischen Gesundheitsstiftung Radix zur Förderung der psychischen Gesundheit; «Mein Körper gehört mir», ein Angebot der Stiftung Kinderschutz Schweiz; sowie «Herzprung», ein nationales Programm der Schweizerischen Gesundheitsstiftung Radix, das Beziehungskompetenzen sowie einen respektvollen und gewaltfreien Umgang in Paarbeziehungen von Jugendlichen fördert. Zielgruppe des letzteren Angebots sind die Schülerinnen und Schüler des dritten Zyklus. Wichtig ist vor allem, dass das Angebot auf die Schulen abgestimmt werden kann und ihre individuellen Bedürfnisse deckt. Flä-*



chendeckende Präventionsarbeit ist zu wenig zielgerichtet. Aus diesen formellen und inhaltlichen Gründen bittet der Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Als STR Filippo Leutenegger gerade aufgezählt hat, was schon alles gemacht wird, dachte ich kurz, er hört gar nicht mehr auf. Die Liste der bestehenden Angebote ist lang. Ich möchte mich auf das Angebot zur Gewaltprävention konzentrieren. Die Zahlen aus dem Geschäftsbericht offenbaren zwei Tendenzen. Erstens: Wir geben immer mehr Geld für Gewaltprävention aus. Zweitens: Es gibt immer mehr Gewaltvorfälle an den Schulen. Nun werden Sie sagen, dass es ohne Gewaltprävention noch viel mehr Gewaltvorfälle gäbe. Das macht natürlich jede Kritik unmöglich. Auch wird immer verschwiegen, welchen Effekt die demografischen Veränderungen auf diese Zahlen haben. Im Vorstoss ist davon nichts zu lesen. Es wird sogar eine Studie zitiert, in der mehrfach darauf hingewiesen wird, dass ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Migration und der steigenden Gewalt, insbesondere sexualisierter Gewalt besteht. Diesen Teil der Studie lässt der Vorstoss aber weg. Es ist zu unangenehm, es anzusprechen. Die SVP ist selbstverständlich gegen Mobbing, sexualisierte Gewalt und gegen jegliche Art von Gewalt in der Schule. Unsere Herangehensweise an das Problem unterscheidet sich bloss von den anderen Parteien. Wir glauben weniger an Prävention und setzen auf die abschreckende Wirkung von Nulltoleranz. Wir glauben an Opferschutz, nicht an Kuschelpädagogik. Täter muss man in Sonderschulen abschieben, um die Opfer vor ihnen zu schützen. Ich habe viel zu oft zusehen müssen, wie mit den Tätern geredet wird, statt die Opfer zu schützen. Abschreckung durch Nulltoleranz, das ist unser Rezept. Es wäre einen Versuch wert, denn euer Rezept funktioniert offensichtlich nicht.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Die GLP anerkennt die Bedeutung des Anliegens der Motionärinnen. Gewaltprävention, insbesondere im Bereich von Mobbing und sexualisierter Gewalt, ist für Jugendliche generell sowie für ihren Lebensalltag in der Schule ein zentrales Thema. Die Schule ist nicht nur ein Bildungsraum, sondern auch ein soziales Lernfeld. Der Schulalltag muss selbstredend für alle sicher und respektvoll gestaltet sein. Trotzdem lehnt die GLP die Motion in dieser Form ab und schliesst sich der Argumentation des Stadtrats an, der den Vorstoss als Postulat bevorzugt. Rein formalistisch argumentiert überzeugt uns der Hinweis des Stadtrats, dass es nicht in der Kompetenz der Stadt liegt, flächendeckende Pflichtprogramme im Unterricht zu verankern. Auch die Antwort auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2023/170 hat uns aufgezeigt, dass sich viele Schulen schon intensiv und in vielfältiger Form mit Gewaltprävention auseinandersetzen. Die Vielfältigkeit dieser Massnahmen allein zeigt, dass Schulen zusammen mit der Schulsozialarbeit und der Fachstelle Gewaltprävention ihre bedarfsgerechten Ansätze zum Umgang mit und zur Verhinderung von Gewalt erarbeitet haben. Es wäre schade, diese Entwicklungen auszubremsen und Bewährtes zu zerstören. Mit einem Postulat könnte man genau hier ansetzen: Die bestehenden Massnahmen könnten evaluiert und da weiterentwickelt werden, wo Mängel bestehen und es noch Lücken gibt. In diesem Sinn sagen wir gern Ja zu einer Stärkung der Gewaltprävention in Zürcher Schulen. Wir



sind aber ein bisschen skeptisch, da die vielfältigen Formen von Mobbing und sexualisierter Gewalt nicht nur auf dem Pausenhof, sondern auch im digitalen Raum erfahren werden. Mit einem von oben herab verordneten Standardprogramm kriegen wir dieses Problem nicht gelöst. Daher stimmen wir einem Postulat zu, einer Motion aber nicht.

Anna Graff (SP): Wir haben vom breit gefächerten Angebot, das es in der Stadt Zürich in Sachen Gewaltprävention und Gewaltbekämpfung gibt, gehört. Es wurde auch in der Antwort des Stadtrats auf die Motion ausgeführt. Dass es diese Angebote gibt und dass sie sinnvoll sind, stellt niemand infrage. Die Motion zielt darauf ab, dass die vorhandenen Stellen und Angebote so organisiert und ausgebaut werden, dass im Laufe der Schulzeit jedes Kind und alle Jugendlichen an einer diskriminierungs- und gewaltfreien Schulkultur mitarbeiten. Die SP sieht das als sehr sinnvolles und nötiges Anliegen. Die Fachstelle für Gewaltprävention trägt unserer Ansicht nach den falschen Namen, da sie keine Präventionsprogramme durchführt, sondern bei akuten Fällen interveniert. Das ist keine Prävention, sondern eine Reaktion auf einen Missstand. Wir finden es auf jeden Fall richtig, dass die Schulen bei der Organisation und Durchführung von Präventionen eine gewisse Flexibilität haben sollen. Durch die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit und der Fachstelle für Gewaltprävention soll es nicht zu einer massiven Zusatzbelastung für Lehrpersonen kommen, sondern zu einem zielgerichteten Einsatz der teilweise bereits vorhandenen Ressourcen. Wir sind aber definitiv der Meinung, dass Präventionsarbeit an jeder Schule obligatorisch sein sollte, wenn auch zeitlich und logistisch flexibel. Da die Motion genau das fordert, unterstützt die SP den Vorstoss in jeder Form.

Julia Hofstetter (Grüne): Mobbing kann einen fürs Leben prägen, sexualisierte Gewalt ebenso. STR Filippo Leutenegger sagt, die Fachstelle für Gewaltprävention setzte gezielt Prävention ein. Diese Fachstelle macht sehr gute und beeindruckende Arbeit, aber eben erst, wenn es schon brodelt. Wir möchten mit unserem Vorstoss bewirken, dass die Jugendlichen und Kinder im Vorhinein so gestärkt werden, dass sie mit Gewalt umgehen und sie bewältigen können. Wir wollen der Schule nicht etwas von oben aufzwingen, sondern die Sozialarbeit in den Schulen stärken und die Jugendlichen befähigen, sich mit dem Thema kontinuierlich auseinanderzusetzen. Ich bin überzeugt, dass sich vieles löst, wenn junge Frauen zum Beispiel schon früh hören, dass in einer gesunden Beziehung Eifersucht oder Kontrolle über die Partnerin nichts zu suchen haben, dass Liebe nicht so aussieht. Die FDP sollte die Motion eigentlich unterstützen, da sie selbst einen Vorstoss zur Prävention von Femiziden eingereicht hat. Wir wollen mit unserem Vorstoss genau das: Femizid ansprechen können. Es müssen in den Schulen viele Fragen geklärt und diskutiert werden können: Woher kommt gewalttätiges Verhalten? Wie kann man Menschen stärken, damit man nicht in diese Rollen und Abhängigkeiten fällt? Das hat nichts mit Kuschelpädagogik oder Täterschutz zu tun. Vielmehr werden mögliche Opfer gestärkt. Daher braucht es ein flächendeckendes Angebot. Es muss in einer Gesellschaft über solche Sachen gesprochen werden – nicht erst, wenn etwas passiert.

Karin Weyermann (Die Mitte): Ich kann mich Julia Hofstetter (Grüne) fast vollständig anschliessen. Mobbing geht aber über Femizide hinaus. Es betrifft auch junge Männer. Wir lehnen die Motion ab, weil uns die formale Begründung des Stadtrats überzeugt. Wir



verstehen sie auch so, dass das Thema von oben her verpflichtend in den Schulunterricht eingebaut werden soll. Das ist nicht Teil unserer Kompetenzen. Das soll aber nicht heissen, dass wir dieser Thematik keine Bedeutung zumessen würden. Auf jeden Fall soll das Thema in den Schulen besprochen werden. Ich bin überzeugt, dass das viele Lehrer und Schulen schon heute machen. STR Filippo Leutenegger hat ausgeführt, welche Angebote es in der Stadt Zürich bereits gibt. Diese werden offensichtlich auch evaluiert und auf Punkte untersucht, wo es Verbesserungen geben kann und wo ein grösserer Fokus gesetzt werden muss. Als Postulat stimmen wir dem Anliegen gerne zu.

Sophie Blaser (AL): *Zum Argument des Stadtrats, dass Gewaltprävention bottom-up geschehen muss: Im Lehrplan 21 wird im Bereich Soziales festgehalten, dass es der Auftrag der Schule ist, Kinder und Jugendliche in den Schulen zu lehren, mit Konflikten umzugehen. Sie sollen Konfliktfähigkeit mitnehmen, lernen, Konflikte auszuhalten und gesund damit umzugehen, wenn Meinungen auseinandergehen oder etwas nicht so passiert, wie sie es wollen. Das bedeutet, nicht in eine Wand zu boxen oder Fotos zu verschicken, wenn jemand eine Beziehung beendet. Stattdessen sollen die Kinder lernen, sich selbst im Zaum zu halten und mit Gefühlen richtig umzugehen. Das ist Prävention. Ja, in den Schulen wird gute Arbeit geleistet, aber nur punktuell. Es gibt Schulen, die buchen keine dieser Angebote, weil sie sie nicht sinnvoll finden. Das kann nicht sein. Man verpasst so Kinder und Jugendliche, die von einem Präventionsangebot hätten profitieren können. Ausserdem fehlt bei vielen Angeboten das nötige Geld. Ich war schon mehrfach dabei, als es hiess, dass die Stellen kein Geld hätten und man darauf warten müsse, bis es wirklich knallt und die Polizei kommt. STR Filippo Leutenegger möchte ich entgegenen, dass nicht alle Vorfälle an die Öffentlichkeit kommen. Wenn man etwa einen bekannten Vater in dieser Stadt hat und einen Übergriff verübt, kommt davon nie etwas ans Licht. Entsprechend sind die Zahlen geschönt und haben darüber hinaus nichts mit Prävention und Intervention zu tun. Es geht darum, Dingen vorzubeugen, damit später weniger passiert. Prävention kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Es ist schwieriger, einer 30-jährigen Person zu erklären, dass man andere nicht schlägt, wenn man in seinen Gefühlen verletzt wurde, als es Kindern und Jugendlichen mitzugeben. Hier können wir ansetzen und es ist unsere Verantwortung, es zu tun.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Gewaltprävention ist wichtig, aber sie ist als Querschnittsthema längstens tief im Lehrplan verankert. Das Thema wird an den Schulen regelmässig im Unterricht behandelt, in verschiedenen Fächern und mit eigens dafür entwickelten Lehrmitteln, aber auch mit der Schulsozialarbeit oder externen Spezialangeboten und Programmen. STR Filippo Leutenegger hat einige davon aufgezählt. Der Stadtrat bringt es in seiner Antwort auf den Punkt. Er sagt, Prävention wirke nur dann, wenn sie lokal angepasst und von der Schule selber getragen werde. Nicht alle Quartiere haben die gleichen Bedürfnisse und Gegebenheiten. Ein Zwangsprogramm von oben, was ein Obligatorium effektiv wäre, ist nicht sinnvoll. Im Gegenteil: Es erstickt jegliche Motivation und Eigeninitiative. Wir können den Schulen auf jeden Fall zutrauen, diese Programme selbst umzusetzen. Zudem ist der Lehrplan bereits massiv überfrachtet und das Personal überlastet. Jede weitere Aufgabe nimmt der Lehrperson Zeit für den Kernauftrag: Bil-*



6 / 6

dung. Es liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderats, das Pflichtprogramm auszubauen und in den Lehrplan einzugreifen. Zumal das vom Vorstoss Geforderte schon im Lehrplan verankert ist und zur Genüge thematisiert wird. Wir sagen Ja zu Gewaltprävention und zur Überprüfung des Angebots, aber nicht zu einem Ausbau des Pflichtprogramms. Die FDP lehnt die Motion ab, bei einem Postulat wären wir dabei.

Julia Hofstetter (Grüne) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: *Wir halten an der Motion fest, weil der Vorstoss in dieser Form auch Lehrpersonen entlastet. So können diese sich auf den Lernplan konzentrieren, was sehr wichtig ist.*

Die Motion wird mit 62 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat